

Programmantrag

Landesdelegiertenversammlung am 8. & 9. November 2025 in Bingen

Initiator*innen: Landesvorstand Rheinland-Pfalz (dort beschlossen am: 16.09.2025)

Titel: **ENTWURF LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2026 -
Kapitel 3 - Rheinland-Pfalz für alle gerecht
gestalten**

Antragstext

1 Rheinland-Pfalz für alle gerecht gestalten

2 Gerechtigkeit ist das Fundament eines starken und solidarischen Miteinanders.
3 Für uns heißt gerecht gestalten, dass alle Menschen in Rheinland-Pfalz –
4 unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht oder Einkommen – gleiche Chancen
5 haben. Bildung ist dafür der Schlüssel: Wir wollen, dass jedes Kind die
6 bestmögliche Förderung bekommt, ob in der Kita, in der Schule oder in der
7 Ausbildung. Weiterbildung soll für alle möglich sein. Jugendliche brauchen Orte,
8 an denen sie sich ausprobieren und mitgestalten können. Arbeit muss fair bezahlt
9 werden. Er Unterstützung braucht, muss sie zielgenau bekommen. Familien brauchen
10 verlässliche Betreuung, Pflegekräfte faire Arbeitsbedingungen, Menschen mit
11 Behinderungen volle und gleichberechtigte Teilhabe. Wir setzen uns für eine
12 Gesundheitsversorgung ein, die wohnortnah und am Menschen orientiert ist und für
13 einen starken Verbraucherschutz, der Sicherheit gibt. Antidiskriminierung,
14 Gleichstellung und die Rechte von Frauen genauso wie von queeren Menschen sind
15 für uns unverhandelbar. Integration bedeutet für uns, dass Zugezogene hier im
16 Land ein Zuhause finden und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.
17 Gerechtigkeit zeigt sich nicht in großen Worten, sondern im gelebten Alltag, der
18 für alle funktioniert – und dafür machen wir GRÜNE Politik.

19 **Kinder und Familie**

20 **Familie und Beruf unter einem Hut**

21 Familien brauchen Zeit füreinander. Deshalb setzen wir uns für mehr
22 Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein, für ein Arbeitsrecht, das zu
23 unterschiedlichen Lebensphasen passt und für eine familienfreundliche
24 Unternehmenskultur. Wer Angehörige pflegt, soll eine gesetzlich verankerte
25 Pflegezeit bekommen. Kinderkrankentage sollen wie normale Arbeitstage voll
26 bezahlt werden.. Dafür setzen wir uns auf Bundesebene ein. Genauso wie für eine
27 Reform des Elterngelds. Wir wollen, dass längere Elternzeiten auch für Väter
28 attraktiver werden. Auch unsere Landesverwaltung soll familienfreundlicher
29 werden: mit mehr 75 %-Stellen und Führungsjobs in Teilzeit.

30 **Familien entlasten – finanziell und im Alltag**

31 Wohnen, Mobilität, Freizeit: Jede Familie braucht Platz, Zeit und
32 Bewegungsspielraum. Für einen guten Start ins Leben führen wir eine Familienbox
33 zur Geburt ein, ein Startset mit allem, was in den ersten Lebensmonaten des
34 Kindes benötigt wird. Die Familienkarte in Rheinland-Pfalz machen wir
35 automatisch für alle verfügbar. Wir setzen uns dafür ein, dass Kinderprodukte
36 geringer besteuert werden. Und wir sagen klar: Das Ehegattensplitting gehört
37 abgeschafft. Familienpolitik muss sich an Kindern orientieren – nicht an alten
38 Rollenbildern.

39 **Kinderarmut beenden, Kinderrechte stärken**

40 Jedes Kind soll ohne Armut aufwachsen. Ob in Freizeit, Sport oder der Kunst:
41 Kinder haben ein Recht auf Teilhabe. Wir wollen eine echte Kindergrundsicherung
42 genauso wie höhere Leistungen für Bildung und Teilhabe und setzen uns dafür auf
43 Bundesebene verstärkt ein.

44 Kinder sollen mitreden können: in der Kita, in der Schule, im Alltag, in der
45 Kommune. Das Recht von Kindern zur politischen Beteiligung gehört ins
46 Grundgesetz und in unsere Landesverfassung. Wir GRÜNE haben uns dafür
47 eingesetzt, dass Jugendbeteiligung heute fester Bestandteil der Gemeindeordnung
48 ist. Kinderbeteiligung soll genauso selbstverständlich werden.

49 **Hilfe für Familien in herausfordernden Lebenssituationen**

50 Wenn das Leben aus dem Gleichgewicht gerät, braucht es schnelle Unterstützung.

51 Wir bauen Anlaufstellen für Familien in Not aus und stärken und vernetzen
52 Familienzentren, familienorientierten Verbraucherschutz und die
53 Schuldnerberatung. Das Programm „Guter Start ins Kinderleben“ bringen wir in
54 alle Geburtskliniken in Rheinland-Pfalz und wir schaffen mehr Stellen für
55 Familienhebammen. Frühe Hilfen sollen bis zum sechsten Lebensjahr weitergeführt
56 werden. Personen, die die Jugendhilfe verlassen, wollen wir eine verlässliche
57 wohnungs- und beratungsbezogene Unterstützung bieten, um einen
58 gleichberechtigten Start ins Erwachsenenleben zu sichern.

59 Familien mit einem Kind oder Elternteile mit Behinderung stehen im Alltag vor
60 besonderen Herausforderungen. Eltern mit Behinderungen wollen wir durch einen
61 bedarfsgerechten Ausbau der Elternassistenz unterstützen, damit sie ihre
62 Erziehungsaufgaben selbstbestimmt und gleichberechtigt wahrnehmen können.

63 Gemeinsam mit anderen Bundesländern haben wir uns im Bundesrat dafür eingesetzt,
64 dass auch Pflegeeltern Elterngeld bekommen. Wir werden weiter auf die Umsetzung
65 drängen.

66 **Kinder besser schützen**

67 Jedes Kind soll gewaltfrei aufwachsen – dafür setzen wir uns ein. Mit dem
68 landesweiten Pakt gegen sexualisierte Gewalt sind wir neue Wege gegangen. Mit
69 dem bundesweit ersten Betroffenenbeirat haben wir eine unersetzliche Perspektive
70 von Fachleuten, deren Empfehlungen wir jetzt Schritt für Schritt umsetzen.
71 Darüber hinaus setzen wir mit dem Amt eines/einer Landesbeauftragten gegen
72 sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen bei der Landesregierung einen
73 Meilenstein für die politische Vertretung von betroffenen Kindern und
74 Jugendlichen im Kampf gegen sexuellen Missbrauch.

75 Wir wollen, dass bis spätestens 2029 überall, wo mit Kindern gearbeitet wird –
76 ob in der Schule, im Verein oder im Ferienlager – ein verbindliches
77 Schutzkonzept vorliegt. Dafür stärken wir die Fachkräfte, vor allem in den
78 Kinderschutzdiensten, aber auch im pädagogischen Landesinstitut. Polizei und
79 Justiz werden wir weiter schulen, damit sie kindgerecht arbeiten können. Wir
80 verbessern die Prozesse in Gerichtsverfahren mit Kindern, die sexualisierte
81 Gewalt erleben mussten. Und wir stärken die Kinderschutzdienste im Land. Wir
82 bauen die Opfer- und Entschädigungsberatung aus und sichern die
83 Weiterfinanzierung der „Nummer gegen Kummer“. Denn: Kein Kind soll mit seinem
84 Trauma allein bleiben.

85 **Frühkindliche Bildung**

86 Jedes Kind verdient eine liebevolle, verlässliche und wohnortnahe Kita – mit
87 Herz, Qualität, gesundem Essen und Raum zum Entfalten. Dafür schaffen wir
88 ausreichend Kita-Plätze und gewinnen mehr qualifiziertes Personal durch eine
89 flächendeckend berufsbegleitende Ausbildung, Anerkennung ausländischer
90 Abschlüsse und gezielte Fortbildungen.

91 **Starke Fachkräfte – starke Kitas**

92 Gute Betreuung braucht gute Arbeitsbedingungen. Wir kämpfen für faire Bezahlung,
93 mehr Zeit für die Leitung einer Kita und die Anleitung von Auszubildenden. Zudem
94 sorgen wir für einen besseren Personalschlüssel, der Hand in Hand mit der
95 Fachkräftegewinnung geht. Außerdem setzen wir auf starke Trägerstrukturen und
96 unterstützen Trägerzusammenschlüsse. So sichern wir Qualität, entlasten
97 Fachkräfte und machen den Beruf attraktiver.

98 **Kitas als Familienorte**

99 Kitas sollen Orte der Begegnung für Kinder und Eltern sein. Deshalb bauen wir
100 Familienzentren aus und stärken die Kita-Sozialarbeit. Für echte Teilhabe setzen
101 wir auf inklusive Bildung von Anfang an und sorgen dafür, dass die Kitas im Land
102 diese Aufgabe auch meistern können.

103 **Ein guter Start in die Schule**

104 Kinder sollen mit Mut und Freude in die Schule starten. Durch frühzeitige
105 Förderung, gezielte Sprachbildung und verlässliche Strukturen schaffen wir einen
106 fließenden Übergang von der Kita in die Grundschule

107 **Schule**

108 **Für einen kindgerechten Ganztag**

109 Ganztagschulen sind mehr als Betreuung. Sie brauchen Angebote, die Kinder
110 begeistern – mit Musik, Bewegung, Natur und Kunst. Dafür setzen wir auf starke
111 Kooperationen, Partizipation aller am Ganztag Beteiligten – insbesondere der
112 Kinder – und auf gut ausgebildete und gut bezahlte Fachkräfte. Der Ganztag soll
113 nicht überfordern, sondern bereichern.

114 **Gute Räume fürs gute Lernen**

115 Gute Bildung braucht gute Lernorte, nicht stinkende Toiletten oder überhitzte

116 Räume im Sommer. . Wir setzen uns für moderne, barrierefreie Schulgebäude mit
117 Rückzugsorten, grünen Schulhöfen und Raum für kreatives Lernen ein. Ein
118 landesweites Sanierungsprogramm ist daher ein Muss.

119 **Lehrkräfte entlasten und Talente fördern**

120 Unsere Schulen brauchen motivierte, gut aus- und fortgebildete Lehrkräfte. Diese
121 brauchen Zeit für das Wesentliche: die Schüler:innen. Deshalb wollen wir sie von
122 Bürokratie entlasten, multiprofessionelle Teams ausbauen und eine moderne und
123 vor allem praxisnahe Ausbildung ermöglichen. Wer unterrichtet, soll gut
124 vorbereitet sein – fachlich, pädagogisch und menschlich. Daher wollen wir
125 Studium und Schulalltag im Rahmen eines praxisnahen Stufenlehramts eng
126 miteinander verzahnen. Wir werden die Lehrpläne entschlacken, die Stundentafeln
127 entzerren und den Lehrkräften so mehr Freiheiten geben, den Schüler:innen das
128 nahe zu bringen, was sie auch wirklich interessiert. Statt auf Noten und
129 Klausuren setzen wir auf konstruktive Rückmeldungen, aus denen sich wiederum der
130 weitere Unterricht ableitet. Auch machen wir uns weiter für ein einheitliches
131 Einstiegsgehalt aller Lehrkräfte stark: A13 für unsere Grundschullehrkräfte ist
132 in Rheinland-Pfalz längst überfällig.

133 **Schule als Ort des Miteinanders**

134 Bildung ist mehr als Wissen. Schule muss ein sicherer Ort sein, an dem sich alle
135 wohlfühlen. Soziales Lernen, Demokratiebildung, Bildung für nachhaltige
136 Entwicklung und Zivilcourage stehen ganz oben auf den Lehrplänen. Inklusion ist
137 dabei für uns kein Extra – sie ist ein Menschenrecht. Jedes Kind verdient die
138 Förderung, die es braucht. Inklusive Schulen, in denen alle Kinder gemeinsam
139 lernen, bieten dafür die besten Voraussetzungen. Wir wollen die Zahl der
140 Integrierten Gesamtschulen deutlich steigern. Wir sind davon überzeugt, dass
141 alle Schüler:innen von Vielfalt profitieren und werden uns weiter dafür
142 einsetzen, dass es künftig keine sogenannten Brennpunktschulen mehr gibt.
143 Stattdessen setzen wir auf sozial durchmischte Klassen, in denen alle
144 miteinander und voneinander lernen.

145 Wenn ein erfolgreicher Schulabschluss gefährdet ist, handeln wir früh mit
146 gezielter Förderung im Ganzttag. Wir wollen, dass niemand durch das Raster fällt.
147 Deshalb erfassen wir Bildungsverläufe besser und begleiten Jugendliche
148 verlässlich – auch nach der Schulzeit. Wir wollen keinen jungen Menschen ohne
149 Abschluss zurücklassen.

150 **Digitalisierung sinnvoll nutzen – Digitale
151 Lernmittelfreiheit für Alle**

152 Wir gestalten Schule im digitalen Zeitalter mit dem Ziel, dass Unterricht wieder
153 Spaß macht. Dafür sorgen moderne Infrastruktur, Support bei Problemen und eine
154 gute Ausstattung für alle. Ebenso wichtig sind Lehrkräfte, die digitale
155 Werkzeuge sinnvoll einsetzen können. Dabei geht es nicht nur um Technik, sondern
156 auch darum, junge Menschen zu selbstständigem, kritischem Denken zu befähigen. Das
157 Lernen wird so interaktiver, barrierefreier und alltagsnäher. Schulbücher wollen
158 wir mehr und mehr durch kostenfreie digitale Medien ersetzen. In
159 Schulbibliotheken sollen Bücher unbürokratisch ausgeliehen werden können.

160 **Ausbildung und berufliche Bildung**

161 **Duale Ausbildung stärken**

162 Das System der dualen Ausbildung ist einzigartig in Deutschland. Es bereitet
163 junge Menschen praxisnah auf das Berufsleben vor. Wir setzen uns für gut
164 ausgestattete Berufsschulen und überbetriebliche Ausbildungsstätten ein.
165 Gemeinsam mit den Ausbildungsbetrieben und Kammern setzen wir auf moderne und
166 zukunftsfähige Ausbildungsrahmenpläne. Die überbetriebliche Ausbildung wollen
167 wir sichern und ausbildende Betriebe dabei unterstützen.

168 **Mehr Praxis in den Schulalltag**

169 Schüler:innen sollen eigene Interessen entdecken und stärken dürfen. Wir
170 ermöglichen allen Schulen, Praxistage fest in den Schulalltag einzubinden. So
171 geben wir jungen Menschen früh die Chance, eigene Talente und Interessen zu
172 erkennen und eine klare Perspektive für ihren Berufsweg zu entwickeln. Auch die
173 Möglichkeit einer dualen Oberstufe wollen wir modellhaft erproben und so jungen
174 Menschen die Chance geben, gleichzeitig Abitur und Gesellenbrief zu erwerben.
175 Dafür fördern wir Pilotprojekte mit engagierten Schulen und Betrieben –
176 orientiert an erfolgreichen Modellen aus anderen Bundesländern.

177 **Raum für Entwicklung–Ein Jahr für andere, ein Jahr für sich**

178 Manchmal braucht das Lernen eine Pause, insbesondere in der Pubertät. Viele
179 Jugendliche spüren in dieser Zeit, dass sie Abstand brauchen – nicht, um
180 aufzugeben, sondern um sich weiterzuentwickeln. Wir wollen jungen Menschen die
181 Möglichkeit geben, nach neun Schuljahren einen Freiwilligendienst zu leisten –
182 ob im sozialen, ökologischen oder kulturellen Bereich – und im Anschluss wieder
183 zur Schule zurückkehren zu können. So schaffen wir eine freiwillige Auszeit mit
184 Sinn und helfen Jugendlichen, gestärkt und orientiert in die Schule
185 zurückzukehren.

186 **Bildungsgerechtigkeit für alle**

187 Bildung muss zu unterschiedlichen Hintergründen und Biografien passen. Nicht
188 alle durchlaufen ihre schulische Laufbahn in der Regelzeit. Auch junge
189 Geflüchtete und andere, die wegen Krankheit oder sonstigen Umständen zeitliche
190 Verzögerungen hinnehmen müssen, brauchen eine echte Perspektive. Wer nicht mehr
191 schulpflichtig ist, soll trotzdem lernen dürfen. Wir setzen uns für ein Recht
192 auf Schule bis 25 ein – damit alle, unabhängig von Herkunft und Alter, eine
193 faire Chance auf Bildung und Zukunft haben.

194 **Weiterbildung**

195 **Weiterbildung und lebenslanges Lernen sind Teil von**
196 **Daseinsvorsorge**

197 Gemeinwohlorientierte Weiterbildung ist ein öffentliches Gut und ein Teil
198 staatlicher Daseinsvorsorge. Sie darf nicht auf Erwerbsorientierung und -
199 verwertbarkeit reduziert werden. Lebenslanges Lernen ist ein Grundrecht und
200 entscheidend für unsere Zukunft. Egal ob für den nächsten Karriereschritt oder
201 den Einstieg in einen Beruf mit Zukunft, Weiterbildung stärkt die Menschen und
202 unser Land.

203 **Ein modernes Weiterbildungsgesetz für gerechten Zugang**

204 Ob Menschen endlich flüssig lesen lernen, den versäumten Schulabschluss
205 nachholen oder sich im Beruf weiterentwickeln – in Zeiten des Fachkräftemangels
206 brauchen wir Menschen, die Lust auf Neues haben. Wir GRÜNE wollen die
207 Weiterbildung daher moderner und für alle zugänglich machen. Eine verlässliche
208 Finanzierung, qualifizierte Lehrende, kontinuierliche Fortbildung und faire
209 Honorare bilden hierfür die Grundlage. Dafür planen wir ein neues
210 Weiterbildungsgesetz, das den aktuellen Herausforderungen auch gerecht wird. Es
211 soll dafür sorgen, dass Weiterbildung überall möglich ist – in der Stadt genauso
212 wie auf dem Land, digital und analog. Auf diese Weise wird das Lernen flexibler
213 und leichter erreichbar. Zudem setzen wir uns weiter dafür ein, dass
214 Weiterbildungsangebote unabhängig vom Geldbeutel wahrgenommen werden können.
215 Auch deswegen sollen diese Angebote von der Umsatzsteuer befreit bleiben.

216 **Jugend**

217 **Kinder und Jugendliche im Mittelpunkt von GRÜNER Politik**

218 Jugendbeteiligung ist kein Extra, sondern Grundsatz. Mit dem bundesweit ersten
219 Landesjugendbeirat haben wir begonnen – jetzt gehen wir weiter: Wir stärken
220 seine Rechte und beziehen junge Menschen insgesamt systematischer als bisher in
221 die Landespolitik ein. Alle Gesetze werden künftig mit einem Jugendcheck
222 geprüft. Diesen führen wir im Rahmen eines Jugendbeteiligungsgesetzes ein, mit
223 welchem wir Beteiligung auf kommunaler Ebene einheitlich regeln und eine
224 Beratungsstelle für Jugendbeteiligung auf Landesebene einrichten. Das
225 Jugendklimaforum führen wir fort.

226 In jeder Kommune soll Jugendbeteiligung verbindlich sein. Dafür braucht es
227 Ansprechpersonen, eigene Budgets und klare Rechte, wie Rede- Anhörungs- und
228 Antragsrecht. Deswegen richten wir ein Kommunales Investitionsprogramm zur
229 Jugendförderung und Teilhabe (KIJugend) ein, das Kommunen gezielt bei
230 innovativen Projekten zur Förderung von Kindern und Jugendlichen unterstützt.
231 Wir machen die Reform der Gemeindeordnung zu einem Hebel für echte
232 Mitbestimmung. Den Dachverband der kommunalen Jugendvertretungen als starken
233 Akteur für Jugendbeteiligung vor Ort wollen wir weiter fördern.

234 Die besten Innovationen gehen oft von jungen Menschen aus. Wir wollen das
235 anerkennen und fördern innovative Projekte von und mit Jugendlichen mit einer
236 fondsfinanzierten Förderung.

237 Wir möchten, dass die Stimme von jungen Menschen politisches Gewicht bekommt.
238 Auch wenn unsere Initiative zur Senkung des Wahlalters bei Kommunal- und
239 Landtagswahlen auf 16 Jahre bisher an der gesetzlichen 2/3-Mehrheit scheiterte,
240 lassen wir nicht locker und kämpfen weiter für eine Absenkung des Wahlalters in
241 Rheinland-Pfalz.

242 **Starke Jugendarbeit – starke Demokratie**

243 Jugendarbeit ist Rückhalt, Bildung und Gemeinschaft. Wir bauen die eigenständige
244 Jugendpolitik durch die Jugendstrategie JES weiter aus. Wir vereinfachen die
245 Förderstruktur und erhöhen die Mittel für Freizeiten, politische
246 Bildungsmaßnahmen und Schulungen für ehrenamtlich Mitarbeitende. Ehrenamtliche
247 stärken wir mit besserer Bezahlung bei Verdienstausfall und gezielter
248 Qualifizierung. Wir fördern Jugendräume als zweckfreie Rückzugsorte für junge
249 Menschen und eine Struktur der Beteiligung vor Ort. Im ländlichen Raum fühlen
250 sich Jugendliche oft abgehängt. Gerade hier braucht es konsumfreie Orte, wo
251 Jugendliche sich treffen können.

252 **Schutz und Prävention von sexualisierter Gewalt**

253 Wir setzen den Pakt gegen sexualisierte Gewalt konsequent um. Dafür schaffen wir
254 Personalstellen, unterstützen Schutzkonzepte in allen Einrichtungen und schulen
255 ehrenamtlich Engagierte.

256 **Echte Freiwilligkeit beim Freiwilligendienst**

257 Freiwilligendienste sollen freiwillig bleiben. Wir sorgen dafür, dass alle, die
258 einen Freiwilligendienst absolvieren wollen, dies unabhängig vom Geldbeutel oder
259 Wohnort tun können. Mit besserer Bezahlung, mehr Mobilitätsgeld und einem Zugang
260 auch für Jugendliche mit Berufsreife. Die Wiedereinführung einer allgemeinen
261 Wehrpflicht lehnen wir deutlich ab.

262 **Alltag bezahlbar machen: Wohnen und Mobilität**

263 Azubis, Studierende, aber auch junge Menschen aus der Jugendhilfe sind auf
264 bezahlbaren Wohnraum angewiesen. Wir schaffen neue Angebote und fördern günstige
265 Mietmöglichkeiten. Für alle, die wenig Geld haben, machen wir Mobilität leichter
266 – mit einem vergünstigten Deutschlandticket für Studierende, Azubis,
267 Freiwilligendienstleistende und Inhaber:innen der Ehrenamtskarte oder Juleica.
268 Und einem besseren Busangebot auch im Nachtverkehr.

269 **Arbeit**

270 **Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt**

271 Eltern brauchen verlässliche Betreuungsangebote für ihre Kinder, um arbeiten
272 gehen zu können oder ihre Stunden aufzustocken. Wir wollen eine flexible
273 Vollzeit, die es Beschäftigten ermöglicht, freier zu entscheiden, wie ihre
274 persönliche Vollzeit innerhalb eines Korridors von 30 bis 40 Stunden aussieht.
275 Angebote wie die Vier-Tage-Woche wollen wir fördern, um auch Freiräume für
276 ehrenamtliches Engagement oder familiäre Aufgaben zu ermöglichen. Außerdem
277 setzen wir uns für einen Anspruch auf eine Pflegezeit ein, die hilft, die Sorge
278 für einen nahestehenden Menschen mit dem Beruf besser zu vereinbaren. Zur
279 Unterstützung von mobilem Arbeiten wollen wir dezentrale Co-Workingspaces
280 fördern.

281 **Fachkräftepotenzial ausschöpfen**

282 Der Fachkräftebedarf ist nach wie vor groß. Deshalb müssen wir die besten
283 Ausgangsbedingungen schaffen, die allen eine gerechte Teilhabe am Arbeitsmarkt
284 ermöglichen. Insbesondere bei der Erwerbstätigkeit von Frauen, Menschen mit

285 Migrationserfahrung, Langzeitarbeitslosen, Menschen mit Behinderungen, älteren
286 Menschen und jungen Menschen ohne Abschluss sind diese ungenutzten Potenziale
287 vorhanden. Die Programme "Bedarfsgemeinschaftscoaching", "Jobfux",
288 "Jugendberufsagenturen", "JobAction", "Jobcoach24+" und "Frauen aktiv in die
289 Zukunft" wollen wir deshalb ausbauen. Die Beschäftigung von Menschen mit
290 Behinderungen wollen wir in die Fachkräftestrategie aufnehmen. Die Vermittlung
291 gerade von langzeitarbeitslosen Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt
292 setzen wir gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit und den Jobcentern durch
293 eine personalintensive Begleitung kontinuierlich um. Für einen verlässlichen
294 Öffentlichen Dienst wollen wir GRÜNE ein modernes Beamtenrecht, das
295 Aufstiegschancen, familienfreundliche Bedingungen, flexible Arbeitszeitmodelle
296 und den erleichterten Quereinstieg bietet. Mit der Einführung einer pauschalen
297 Beihilfe schaffen wir echte Wahlfreiheit bei der Krankenversicherung und erhöhen
298 so Fairness, Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in
299 Rheinland-Pfalz.

300 **Arbeitsschutz ausbauen**

301 Um die Arbeitskraft der Fachkräfte zu erhalten, müssen wir auch ihre Gesundheit
302 schützen. Daher wollen wir das Personal bei den Arbeitsschutzkontrollen des
303 Landes aufstocken und gesundheitspräventive Maßnahmen im engen Dialog mit den
304 Arbeitnehmer:innen-Vertretungen fördern. Wir möchten auch Beratungsangebote für
305 entsandte Beschäftigte zum Schutz vor schlechten Arbeitsbedingungen und
306 Ausbeutung, besonders in den Sektoren Logistik, Bau, Landwirtschaft und der
307 sogenannten 24-Stunden-Pflege, stärken.

308 **Tariftreue belohnen**

309 Menschen, die nach Tarifvertrag beschäftigt werden, haben nachweislich bessere
310 Arbeitsbedingungen. Deshalb wollen wir als Land unsere Marktmacht bei der
311 Auftragsvergabe nutzen und nur noch Unternehmen beauftragen, die Tariftreue
312 garantieren. Darum reformiert die Landesregierung derzeit das
313 Landestariftreuegesetz (LTTG). Gemeinsam mit den Gewerkschaften wollen wir
314 diesen Weg weitergehen und auch die Vergabeordnung anpassen.

315 **Soziales**

316 **Armut bekämpfen**

317 Wir stehen an der Seite von Menschen, die in Armut leben oder von Armut bedroht
318 sind. Wir wollen Menschen helfen und nicht mit Sanktionen von der Gesellschaft
319 ausgrenzen. Konkret auf Landesebene wollen wir darum die Förderung der

320 Schuldnerberatungsstellen weiter ausbauen. Mit den Clearingstellen
321 Krankenversicherung unterstützen wir Menschen ohne Versicherung dabei, (wieder)
322 Zugang zur Krankenversicherung zu bekommen. Diese erfolgreiche Arbeit wollen wir
323 mit einem weiteren Standort in Trier stärken. Leider gelingt es nicht immer,
324 Menschen rechtzeitig in eine Krankenversicherung zu vermitteln. Deshalb fördern
325 wir insbesondere die schnelle und unbürokratische medizinische Versorgung von
326 Schwangeren ohne Krankenversicherung. Perspektivisch streben wir auch für alle
327 Menschen ohne Krankenversicherung, die dringend medizinische Versorgung
328 benötigen, einen Notfallfonds nach diesem Modell an.

329 **Gemeinwesen und Sozialarbeit vor Ort weiter ausbauen**

330 Um Menschen in armutsgefährdeten Quartieren und Dörfern niedrigschwellig zu
331 erreichen, wollen wir die Gemeinwesen- und Sozialarbeit vor Ort weiter ausbauen.
332 In diesem Zusammenhang setzen wir uns für Modellversuche mit sozialen
333 Servicebüros in den Kreisen und kreisfreien Städten ein, die alle soziale
334 Leistungen der Kommune, des Landes und des Bundes bündeln. Dort sollen
335 Leistungsansprüche proaktiv kommuniziert werden. Denkbar sind auch monatliche
336 Familientage zur niedrigschweligen Information über mögliche Leistungen.

337 **Kommunale Sozialpässe und Sozialticket für Mobilität und 338 Teilhabe**

339 Als Land wollen wir die Einführung kommunaler Sozialpässe für Menschen in
340 Grundsicherung unterstützen. Auch ein Sozialticket für
341 Grundsicherungsempfänger:innen, das nicht mehr kostet als der Regelbedarf für
342 Mobilität, wollen wir landesweit fördern. Bundesweit setzen wir uns weiter für
343 eine Kindergrundsicherung, eine wirksame Grundsicherung und einen Klimabonus
344 ein.

345 **Gemeinsam gegen Einsamkeit – Mehr soziale Integration**

346 Immer mehr Menschen fühlen sich einsam in ihrem Leben. Die Folgen der Corona-
347 Pandemie und die Digitalisierung haben dies weiter verstärkt. Besonders
348 betroffen sind junge Erwachsene, ältere Menschen, Alleinerziehende, queere
349 Menschen, Menschen mit Migrationserfahrung sowie Menschen, die von Armut bedroht
350 sind. Wir wollen die bestehenden Projekte für ältere Menschen ausbauen und
351 verstärkt auch Projekte für die größer werdende Gruppe der einsamen jungen
352 Menschen aufbauen. Dabei haben wir alle genannten Zielgruppen im Blick. So
353 wollen wir Mehrgenerationenhäuser in den Kommunen fördern und gesellschaftliche
354 Räume der Vernetzung (z.B. Jugendhäuser) für Menschen jeglicher sozialer
355 Herkunft und besonders im ländlichen Raum ausbauen.

356 Sprachförderung, Nachbarschaftshilfe, Generationentreffs, Kultur: Wir wollen die
357 Bedürfnisse der Menschen in ihrem Sozialraum gemeinsam erkennen und erfüllen..

358 **Bestattungen zeitgemäß ermöglichen**

359 Das neue Bestattungsgesetz schließt moderne, vielfältige Wege der Bestattung
360 ein. Es ermöglicht individuelle Abschiede und achtet religiöse wie
361 weltanschauliche Überzeugungen. Damit sind wir einen wichtigen Schritt in
362 Richtung einer zeitgemäßen Trauer- und Bestattungskultur gegangen.

363 **Inklusion**

364 **Inklusiver Landesdienst**

365 Die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen im Landesdienst wollen wir
366 durch zusätzliche Stellen und eine verbindliche Zielplanung der Ressorts mit
367 Maßnahmen und zentralem Controlling fördern. Dabei streben wir eine
368 Beschäftigungsquote von sechs Prozent an. Wir wollen Inklusionsbetriebe und -
369 abteilungen des Landes schaffen.

370 **Inklusiver Arbeitsmarkt**

371 Wir wollen die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung im regulären
372 Arbeitsmarkt erleichtern. Die Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte
373 Menschen muss die Ausnahme bleiben und besser bezahlt werden. Dafür soll
374 modellhaft ein zeitlich begrenzter Mindestlohn für Werkstattbeschäftigte erprobt
375 werden. Das Land soll verbindliche Inklusionsvereinbarungen mit den Werkstätten
376 für behinderte Menschen abschließen und diese Maßnahmen durch Fördermittel des
377 Europäischen Sozialfonds absichern. Inklusionsfirmen wollen wir weiter ausbauen
378 und die Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen um mindestens 25 Prozent
379 steigern. Aufträge und Vergaben des Landes sollen nur bei Einhaltung der
380 Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen möglich sein. Personenzentrierung
381 und Alternativen zur Tagesförderstätte bauen wir aus.

382 **“Nicht über uns, ohne uns”**

383 Menschen mit Behinderungen brauchen eine kraftvolle Selbstvertretung mit
384 professionellen Strukturen, um ihre Interessen und Belange selbst vertreten zu
385 können.

386 Unser Ziel sind kommunale Behindertenbeiräte und -beauftragte in allen

387 Landkreisen und kreisfreien Städten sowie in mehr Verbandsgemeinden.
388 Hauptamtliche kommunale Behindertenbeauftragte fördern wir.

389 Die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) werden wir weiter vernetzen
390 und mit landesweiten Werbeaktionen bekannter machen. Dabei machen wir die
391 Kompetenzstärkung im Bereich psychisch erkrankter Menschen verpflichtend. Wir
392 stärken die Kompetenzen der unabhängigen Besuchskommissionen für Einrichtungen
393 und Angebote für Menschen mit Behinderungen.

394 **Barrierefreies Rheinland-Pfalz**

395 Wir fördern niedrigschwellige barrierefreie Mobilitätsangebote im ganzen Land.
396 Die im Landesinklusionsgesetz festgeschriebene Landesfachstelle Barrierefreiheit
397 werden wir einrichten und ein Landeskoppenzzentrum Barrierefreiheit aufbauen.

398 Wir fangen bei unseren Landesgebäuden an und machen Hochschulen/Universitäten
399 und Polizeigebäude umfassend barrierefrei.

400 Auch die digitale Barrierefreiheit des Landes bauen wir weiter aus, die
401 Klagemöglichkeit der Verbände der Menschen mit Behinderungen schärfen wir. Die
402 Förderung von digitalen Technologien und Vorhaben werden von der Beteiligung von
403 Menschen mit Behinderungen abhängig gemacht.

404 Wir wollen die Gebärdensprachdolmetscher:innen-Versorgung im Land sicherstellen
405 und dafür einen gemeinsamen Studiengang mit Baden-Württemberg entwickeln.

406 Ferien- und Freizeitangebote für Menschen mit Behinderung wollen wir weiter
407 ausbauen.

408 **UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen**

409 Den Landesaktionsplan zur UN-Behindertenrechtskonvention schreiben wir fort.
410 Nach einem breiten Beteiligungsprozess wird er bereits zur Mitte der Wahlperiode
411 vorliegen. Das bestehende und neue Landesrecht soll konsequent auf die
412 Vereinbarkeit mit der UN-Behindertenrechtskonvention überprüft und angepasst
413 werden.

414 Wir unterstützen das Vorhaben, die Kinder- und Jugendhilfe umfassend zu
415 reformieren. Dabei sollen alle Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe im
416 Sozialgesetzbuch (SGB VIII) gebündelt werden.

417 **Verbraucher:innenschutz**

418 **Energieeffizienz und Schulden –neue Herausforderungen**
419 **anpacken**

420 Fossile Energie wird teurer, Betrug rund um das Thema Wärme- und
421 Energieversorgung nimmt im Netz zu. Wir GRÜNE wollen, dass die Energie- und
422 Wärmewende in den Haushalten gelingt. Deshalb sollen Strom- und Wärmesperren
423 oder sogar Energieverschuldung gar nicht zustande kommen. Dafür wollen wir die
424 Energie- und Schuldner:innenberatung durch die Verbraucherzentrale weiter
425 stärken und ausbauen – damit Menschen frühzeitig erreicht werden, überteuerte
426 Tarife leichter erkennen und rechtzeitig wechseln können.

427 **Digitale Räume in Zeiten von künstlicher Intelligenz –**
428 **Schutz im Netz garantieren**

429 Viele Betrugsfälle im Netz entstehen durch falsche Identitäten. Wir setzen uns
430 für eine technisch sichere Umsetzung der eIDAS 2.0 Verordnung und der EU-
431 Digitale Brieftasche (European Digital Identity Wallet) ein, damit Nutzer:innen
432 vor Phishing, Identitätsdiebstahl und Fake-Shops durch sichere digitale Ausweise
433 geschützt werden. Der Bund soll dafür sorgen, dass diese Systeme von staatlichen
434 Stellen und nicht durch private Anbieter betrieben werden. Nur so bleiben die
435 Daten geschützt und die Kontrolle bei den Menschen. Künstliche Intelligenz
436 verändert vieles. Wer von KI getäuscht oder benachteiligt wird, verdient Schutz.
437 Wir GRÜNE wollen klare Regeln und eine starke Beschwerdestelle in Rheinland-
438 Pfalz. Dafür sorgen wir für die finanziellen und personellen Ressourcen im
439 Haushalt.

440 **Verbraucherbildung von Anfang an – in der Schule, im Alltag**

441 Junge Menschen brauchen Orientierung in einer Welt voller (Des)Informationen,
442 unkontrollierter Werbung und digitaler Angebote. Damit sie selbstbestimmt
443 entscheiden können, machen wir Verbraucher:innenbildung ab Klasse 9 zum festen
444 Bestandteil im Unterricht. Lehrkräfte erhalten praxistaugliche Materialien und
445 gezielte Fortbildungen. Dafür stellen wir die Mittel für erste Pilotprojekte
446 bereit. So stärken wir Medienkompetenz und schützen von klein auf vor
447 Kostenfallen und Manipulation.

448 **Verbraucherzentrale stärken – direkte Beratung ausbauen**

449 Die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz ist eine unerlässliche Partnerin an der
450 Seite der Menschen. Wir wollen den Ausbau ihrer Angebote vor Ort unterstützen,

451 vor allem dort, wo es bisher keine Anlaufstellen gibt, damit Jung und Alt
452 erreicht werden. Dafür setzen wir auf mobile Pop-up-Beratungen, vor allem in
453 ländlichen Regionen, sowie auf aufsuchende Hilfe und mehr digitale Angebote. Ein
454 wichtiger Meilenstein war und ist die institutionelle Förderung der
455 Verbraucherzentrale, die wir auch weiter sichern möchten.

456 **Gesundheit**

457 **Starke Krankenhäuser vor Ort**

458 Bund und Länder haben eine umfassende Krankenhausreform auf den Weg gebracht.
459 Wir wollen die dafür nötigen Veränderungen in Rheinland-Pfalz schnellstmöglich
460 umsetzen, mit dem Ziel, alle Menschen immer zur richtigen Zeit am richtigen Ort
461 zu behandeln. Alle notwendigen Geburtskliniken müssen erhalten bleiben. Dort, wo
462 jetzt schon eine Versorgungslücke besteht, sollen "Regiokliniken" entstehen, die
463 ambulante, stationäre und pflegerische Angebote vereinen. Wir setzen uns bei der
464 Umsetzung der Reform und der Investitionskosten für ein Benachteiligungsverbot
465 stationsersetzender Versorgungsformen ein.

466 **Geburtshilfe stärken – Hebammen unterstützen**

467 Schwangere und ihr Kind brauchen zum Schutz ihrer Gesundheit vor, während und
468 nach der Geburt die bestmögliche Versorgung. Die Hebammenzentralen und
469 hebammengeleiteten Kreißäle in Rheinland-Pfalz haben diese Versorgung
470 verbessert, deshalb wollen wir sie auch in weiteren Regionen des Landes fördern.
471 Zur Unterstützung der ambulanten Hebammenversorgung, insbesondere in
472 strukturschwachen Regionen, wollen wir eine flächendeckende, pauschale
473 Niederlassungsförderung einführen. Wir setzen uns für eine faire Bezahlung der
474 Hebammen und beste Rahmenbedingungen für eine 1:1-Betreuung bei der Geburt ein.

475 **Psychische Gesundheit fördern**

476 Psychisch erkrankte Menschen brauchen schnell psychiatrische oder
477 psychotherapeutische Behandlung. Eine Reform der Bedarfsplanung auf Bundesebene
478 ist dringend notwendig, um mehr Kassensitze für Therapeut:innen zu schaffen.
479 Insbesondere die bisherige Versorgungsstruktur für Jugendliche und junge
480 Erwachsene muss verbessert werden. Wir wollen niedrigschwellige und
481 unbürokratische Angebote für junge Menschen in Krisen fördern.
482 Selbsthilfegruppen und Genesungsbegleiter:innen wollen wir finanziell besser
483 unterstützen. Für erwachsene Menschen mit psychischen und geistigen
484 Beeinträchtigungen wollen wir ein Kriseninterventionszentrum einführen.

485 **Medizinischer Zugang für alle**

486 Gute medizinische Versorgung muss für alle erreichbar sein, ohne Hürden und ohne
487 Diskriminierung. Wir wollen das begonnene Präventionsprojekt in Regionen mit
488 geringer Lebenserwartung praktisch umsetzen und das Konzept der
489 Gesundheitskioske aufgreifen. Insbesondere die Gesundheitsversorgung von trans-,
490 inter- und nicht binären Personen wollen wir verbessern. Für Wohnungslose
491 fördern wir ein niedrigschwelliges, allgemeinmedizinisches Angebot. Wir werben
492 weiter dafür, die elektronische Gesundheitskarte für Asylbewerber:innen in den
493 Kreisen und kreisfreien Städten einzuführen.

494 Für die Barrierefreiheit von bestehenden Arzt- und Therapiepraxen starten wir
495 ein Förderprogramm. Medizinische Zentren für erwachsene Menschen mit
496 Behinderungen (MZEB) bauen wir aus und vernetzen sie mit Angeboten vor Ort.

497 **Gesundheitliche Auswirkungen der Klimakrise begrenzen**

498 Die Klimakrise belastet zunehmend sowohl die Gesundheit der Menschen als auch
499 das Gesundheitssystem. Wir werden den Landeshitzeaktionsplan weiterentwickeln
500 und wollen die Kommunen verpflichten, eigene Hitzeaktionspläne zu erlassen und
501 umzusetzen. Wir wollen außerdem Klimaanpassungsmaßnahmen der gesundheitlichen
502 Einrichtungen und klimaneutrale Krankenhäuser voranbringen und fördern.

503 **Ambulante Versorgung sichern**

504 Die Menschen brauchen eine gute Versorgung mit Haus- und Fachärzt:innen im
505 ganzen Land. In Regionen mit weiten Wegen zu medizinischen Einrichtungen setzen
506 wir uns für Bürgerbusse, Hol- und Bringdienste (z. B. Therapietaxis) und mobile
507 ärztliche Praxen mit Sprechstunden vor Ort ein. Telemedizinische Angebote bauen
508 wir aus. Wir wollen weiter Kommunen fördern, die Medizinische Versorgungszentren
509 (MVZ) gründen wollen. Zur niedrigschweligen ambulanten Versorgung wollen wir
510 "Community Health Nurses" einführen.

511 Wer sich zu einem Schwangerschaftsabbruch entscheidet, muss eine angemessene
512 Versorgung erhalten. Zur Behandlung von Endometriose fördern wir entsprechende
513 Zentren.

514 Wir wollen auch die Behandlung von Long Covid, Post Vac und ME/CFS vorantreiben.

515 Durch eine Sensibilisierung der Ärzt:innen wollen wir auch die Zugänge zur Prä-
516 Exposition-Prophylaxe (PrEP) und Post-Exposition-Prophylaxe (PeP) zum Schutz

517 vor HIV und Aids erleichtern.

518 **Gesundheitssystem solidarisch finanzieren**

519 Wir wollen eine allgemeine Bürgerversicherung. Solange diese auf Bundesebene
520 nicht umgesetzt wird, ermöglichen wir den Beamten:innen in Rheinland-Pfalz ein
521 Wahlrecht für den Zugang zur Gesetzlichen Krankenversicherung.

522 **Regionale Gesundheitsplanung zur sektorenübergreifenden 523 Versorgung**

524 Gesundheitsplanung muss sich an den Versorgungspfaden der Patient:innen
525 ausrichten. Wir GRÜNE wollen daher Gesundheits- oder Versorgungskonferenzen in
526 öffentlich-rechtlicher Trägerschaft einführen und regionale Modellprojekte zur
527 sektorenübergreifenden Versorgung ("Gesundheitsregionen") anstoßen – zunächst
528 insbesondere in unversorgten Regionen.

529 **Notfallversorgung verbessern**

530 Wenn Hilfe gebraucht wird, muss sie schnell sein. Dazu kann auch ein 24 Stunden
531 einsatzbereiter Rettungshubschrauber mit Nachtflugtauglichkeit an einem
532 geeigneten Standort beitragen. Die Krankenhäuser und die Kassenärztliche
533 Vereinigung unterstützen wir beim Aufbau Integrierter Notfallzentren (INZ),
534 sobald bundesgesetzliche Grundlagen dafür bestehen.

535 **Gesundheitsfachberufe weiter schulgeldfrei**

536 Die Gesundheitsfachberufe sind wichtig für viele begleitende Therapien. Die
537 Ausbildung ist seit 2022 schulgeldfrei. Wir setzen uns dafür ein, dass das so
538 bleibt und das Land weiter die Ausbildungskosten übernimmt, um den Bedarf an
539 Fachkräften in diesen Berufen zu erfüllen.

540 **Drogenpolitik**

541 Wir stellen in der Drogenpolitik den Schutz von Gesundheit und Menschenwürde in
542 den Mittelpunkt. Als GRÜNE setzen wir uns für Prävention, Aufklärung und
543 wirksame Hilfsangebote statt Strafverfolgung ein.

544 **Cannabis-Schwarzmarkt weiter austrocknen – Legalisierung zu 545 Ende bringen**

546 Die Teillegalisierung von Cannabis ist eine große Errungenschaft der vergangenen
547 Bundesregierung mit GRÜNER Beteiligung. Die neuen Regeln unterscheiden klar
548 zwischen Menschen ab 18 Jahren, für die der Konsum und Besitz in Grenzen
549 legalisiert wurde, und Kindern und Jugendlichen, die durch klare Verbote und
550 Abstandsregelungen geschützt werden. Damit konnte der Jugendschutz deutlich
551 verbessert werden. In Rheinland-Pfalz haben wir das Cannabis-Gesetz mit einem
552 moderaten Bußgeldkatalog und unbürokratischen Genehmigungen von
553 Anbauvereinigungen umgesetzt. Die Teillegalisierung darf jedoch nicht auf halbem
554 Wege stehen bleiben. Nur durch die kontrollierte Abgabe von Cannabis in
555 staatlich regulierten Abgabestellen kann der Schwarzmarkt ausgetrocknet werden.
556 Deshalb setzen wir uns für die schnellstmögliche Umsetzung der zweiten Säule der
557 Legalisierung durch entsprechende Modellprojekte auch in Rheinland-Pfalz ein.

558 **Niedrigschwellige Drogen- und Suchthilfe**

559 Das Hilfs- und Beratungssystem für abhängige Menschen muss auf die Bedürfnisse
560 der Menschen ausgerichtet sein, um gesundheitliche Risiken zu verringern. Daher
561 wollen wir die niedrigschwlligen Angebote in der Drogen- und Suchthilfe weiter
562 ausbauen: Wir setzen uns für Spritzenaustauschprogramme, Drogenkonsumräume und
563 Informationsmöglichkeiten ein. Insbesondere wollen wir dem Beispiel anderer
564 Bundesländer folgen und endlich auch in Rheinland-Pfalz Substanzanalysen (Drug-
565 Checking) ermöglichen, um Menschen vor gestreckten und gefährlichen
566 beigemischten Drogen zu schützen. Gerade bei großen Festivals wie Rock am Ring
567 oder der NatureOne braucht es eine Drug-Checking-Offensive des Landes.
568 Aufklärung und Prävention über die Risiken aller Drogen und Abhängigkeiten
569 wollen wir stärken, insbesondere an den Schulen und in der Jugendarbeit. Einem
570 übermäßigen Alkoholkonsum unter Jugendlichen und Erwachsenen wollen wir durch
571 Programme begegnen, die einen bewussten Konsum zum Ziel haben.

572 **Pflege, Leben im Alter**

573 **Professionelle Pflege stärken**

574 Pflegekräfte haben eine umfassende professionelle Ausbildung und können mehr,
575 als sie oft im Pflegealltag anwenden dürfen. Wir GRÜNE wollen diese Potenziale
576 nutzen. Auch nicht-ärztliches Personal (z. B. die Advanced Practice Nurses)
577 sollen ärztliche Tätigkeiten übernehmen können und ergänzende Angebote zur
578 Weiterbildung erhalten.

579 Zur Verbesserung der Ausbildung setzen wir uns für neue Ausbildungsmodelle wie
580 Teilzeitausbildung und duale Ausbildung sowie eine modulare, gut geförderte
581 Weiterbildung ein. Bei der Pflegeassistenz muss endlich die bundeseinheitliche,

582 modulare Ausbildung kommen. Wir bekennen uns zur Pflegekammer als Vertretung der
583 professionellen Pflege. Um die notwendige Unterstützung unter den Pflegekräften
584 zu bekommen, muss sie aber ihre Kommunikation und internen Abläufe verbessern.
585 Weiterbildungsangebote für Pflegekräfte müssen zwischen Pflegekammer, Land und
586 Arbeitgeber abgestimmt werden.

587 Wir GRÜNE setzen uns für eine vereinfachte Anerkennung ausländischer
588 Qualifikationen und eine bessere Sprachqualifizierung ausländischer Fachkräfte
589 ein. Bei der Akquise von Pflegekräften aus dem Ausland wollen wir die
590 Arbeitgeber:innen unterstützen, zum Beispiel durch die Förderung von
591 Integrationslots:innen für Auszubildende.

592 Die Initiative für Pflegekräfte wollen wir auf den Bereich der Menschen mit
593 Behinderungen ausdehnen (Assistenz und Dienste).

594 **Pflegende Angehörige unterstützen**

595 Ein Großteil der Pflegebedürftigen wird im häuslichen Umfeld von Angehörigen
596 gepflegt. Wir GRÜNE wollen diese unterstützen und die ambulante Pflege sowie die
597 Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege ausbauen. Auch Angebote wie
598 Quartiersstützpunkte oder Nachbarschaftszentren wollen wir fördern. Wir setzen
599 uns auf Bundesebene für eine Pflegezeit zur Freistellung von der Arbeit für
600 pflegende Angehörige ein.

601 **Vielfältige Pflege**

602 Die Vielfalt der Gesellschaft spiegelt sich auch in der älter werdenden
603 Bevölkerung und unter den Pflegebedürftigen wider. Deshalb brauchen wir mehr
604 Geschlechter-, LSBTIQ*- und kultursensible Angebote und Einrichtungen in der
605 Pflege. Auch die Angebote ambulanter Pflege müssen sich an den verschiedenen
606 Bedürfnissen orientieren und eine größere Vielfalt wie Pflegewohngemeinschaften
607 oder generationenübergreifende Wohnprojekte mit Pflegeleistungen im Bedarfsfall
608 bieten.

609 Wir GRÜNE wollen eine verbindliche kommunale Pflegestrukturplanung und kommunale
610 Pflegekonferenzen. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Deckelung des
611 Eigenanteils der Pflegekosten ein.

612 **Vielfältiges Leben im Alter**

613 Seit einigen Jahren erreicht die Boomer-Generation das Seniorenalter und die

614 Zahl der über 65-Jährigen wächst stetig. Diese Menschen unterscheiden sich
615 jedoch stark: in ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit, ihrer Gesundheit und
616 ihren Interessen. Deshalb müssen die Angebote für diese Gruppe auf die
617 unterschiedlichen Bedürfnisse angepasst sein. Wir setzen uns für ein
618 entsprechendes Seniorenfördergesetz ein.

619 **Integration**

620 **Migration und Integration: menschlich, klar, gerecht**

621 Wir GRÜNE wollen, dass alle Menschen in Rheinland-Pfalz die Chance auf ein gutes
622 Leben haben – egal, woher sie kommen. Wir öffnen Wege für Menschen, die bei uns
623 leben und arbeiten möchten. Und wir begegnen Menschen, die bei uns Schutz
624 suchen, mit Menschlichkeit und Weitblick. Wir wollen Integration, die im Alltag
625 funktioniert.

626 **Ankommen in Rheinland-Pfalz – gut organisiert und menschlich**

627 In dieser Legislaturperiode haben wir ein verlässliches System geschaffen, das
628 den Kommunen Sicherheit gibt und auch bei schwankenden Ankunftszyhlen trägt.
629 Damit haben wir gezeigt: gute Strukturen in der Aufnahme funktionieren. Darauf
630 wollen wir aufbauen. Unser Ziel ist es, Integration von Anfang an noch besser zu
631 gestalten, mit starker sozialer Begleitung vor Ort. Besonders wichtig ist uns,
632 dass alle Kinder und Jugendlichen so früh wie möglich Zugang zu Schule und
633 Bildung erhalten. Denn Bildung schafft Struktur, eröffnet Perspektiven und gibt
634 ein Stück Alltag zurück.

635 **Integration aus einem Guss**

636 Integration gelingt vor allem im Arbeitsmarkt, Einwanderung nur mit
637 Integrationsmaßnahmen wie Sprach- und Welcome-Kursen und Asylrecht kann nur
638 effizient durchgesetzt werden, wenn es rechtssicher und zentral organisiert ist.
639 Wir schaffen daher ein Landesamt für Integration, Einwanderung und
640 Rückführungen. Damit übernehmen wir als Land Verantwortung, bündeln Kompetenzen
641 an einer Stelle und entlasten die kommunalen Behörden langfristig in allen
642 Bereichen der Integrationspolitik.

643 **Integration beginnt im Alltag**

644 Integration gelingt, wenn sie vor Ort passiert. Deshalb haben wir in allen
645 Kommunen Integrationsmanager:innen eingeführt. Dieses Programm führen wir in

646 enger Abstimmung mit den Akteur:innen vor Ort fort. Wir wollen, dass in Zukunft
647 bei der Integration überall gute Standards gelten. . Dafür nehmen wir die
648 Kooperationsstrategie Integration als Grundlage, um die Bedürfnisse der
649 Menschen, die Integrationsarbeit vor Ort vorantreiben, zu erkennen und
650 passgenaue Förderungen und Regelungen zu initiieren. Wir fördern
651 niedrigschwellige Beratung im Alltag und setzen uns bei der Bundesregierung
652 dafür ein, dass Familiennachzug wieder möglich wird. Denn nur wer keine Angst um
653 Angehörige haben muss, kann wirklich ankommen.

654 **Sprache und Arbeit – Schlüssel zur Teilhabe**

655 Sprache ist der Schlüssel zu Arbeit und sozialer Teilhabe. Deshalb haben wir mit
656 dem „Haus der Sprachmittlung“ einen starken Standard gesetzt. Wir erwarten vom
657 Bund, dass er die Sprachkurse bedarfsgerecht ausbaut, sodass alle einen
658 schnellen Zugang bekommen. In den Erstaufnahmeeinrichtungen sollen Kompetenzen
659 frühzeitig erkannt und passende Qualifizierungen begonnen werden. Lehrkräfte
660 sollen besser bezahlt werden. So stärken wir die Qualität von Anfang an. Auch
661 berufsbegleitende Sprachkurse, mehr Kinderbetreuung und gezielte Angebote für
662 geflüchtete Frauen erleichtern den Weg in Arbeit und fördern die soziale
663 Teilhabe. Wir setzen uns dafür ein, dass ausländische Berufsabschlüsse schneller
664 anerkannt werden. Viele Geflüchtete mussten ihre Schule oder Ausbildung
665 unterbrechen. Sie sollen die Chance bekommen, auch nach dem Ablauf der
666 Schulpflicht verpasste Bildung nachzuholen.

667 Wir GRÜNE wollen, dass das Fachkräfteeinwanderungsgesetz auf Bundesebene
668 erhalten bleibt – mit Spurwechsel und klaren Bleiberechten für Menschen, die
669 hier arbeiten oder eine Ausbildung machen möchten. Wer integriert ist und seinen
670 Lebensunterhalt selbst bestreitet, soll nicht abgeschoben werden.

671 **Schutz für besonders Betroffene**

672 Viele Geflüchtete sind in besonderem Maße schutzbedürftig. Gefährliche
673 Fluchtrouten und gewaltsame Konflikte im Herkunftsland tragen dazu bei. Deshalb
674 haben wir die psychosoziale Versorgung in der vergangenen Legislaturperiode
675 massiv gestärkt. Diese Unterstützung bauen wir weiter aus. So erkennen wir, wer
676 besondere Hilfe braucht und können frühzeitig Unterstützung anbieten.
677 Geflüchtete Frauen wollen wir besser schützen, etwa durch neue Regelungen im
678 Gewalthilfegesetz auf Bundesebene. Geschlechtsbezogene Gewalt wollen wir stärker
679 in den Asylverfahren berücksichtigen. Dafür setzen wir uns für eine Regelung auf
680 Bundesebene ein, damit geflüchtete Frauen und Kinder in Not in Rheinland-Pfalz
681 eine sichere Zukunft haben. Wir stehen zum Instrument der Härtefallkommission
682 und setzen uns weiter für die Akzeptanz des Kirchenasyls ein.

683 **Demokratie durch Teilhabe stärken**

684 Wer hier lebt, soll mitentscheiden dürfen. Deshalb kämpfen wir weiter für ein
685 kommunales Wahlrecht für alle – unabhängig vom Pass. Und wir wollen, dass auch
686 EU-Bürger:innen, die in Rheinland-Pfalz leben, bei Landtagswahlen wählen können.

687 **Unterstützung für die Zivilgesellschaft**

688 Wir stehen an der Seite von Menschen, die sich für Geflüchtete engagieren. Gegen
689 rechte Hetze, für ein Rheinland-Pfalz, das Vielfalt als Stärke versteht. Dieses
690 Engagement stärken wir weiter, zum Beispiel mit Fortbildungen und Vernetzung.

691 **Frauen und Gleichstellung**

692 **Für echte Gleichstellung**

693 Wir fordern den Bund auf, das Ehegattensplitting endlich zu reformieren und
694 durch ein gerechtes, individuelles Steuermodell zu ersetzen, da es Frauen
695 strukturell benachteiligt und nicht mehr zu den Lebensrealitäten vieler Familien
696 passt.

697 Wir wollen ein landesweites Programm „Entgeltgleichheit jetzt!“ zur Förderung
698 von Unternehmen, die freiwillig Gehaltsanalysen durchführen und Lohnlücken, die
699 sogenannte Gender Pay Gap, schließen. Hier können wir uns Beratungs- und Audit-
700 Angebote, anlehnd an das ‚Logib-D‘, vorstellen. Wir flankieren dies durch die
701 öffentliche Auszeichnung ‚Fair Pay RLP‘ für Unternehmen mit nachweislich
702 gerechter Entgeltstruktur, als faire Arbeitgeber. Zudem wollen wir Projekte
703 fördern, die die gleichberechtigte Verteilung von Care-Arbeit in Familien
704 stärken.

705 **Gewalthilfegesetz konsequent und gemeinsam umsetzen**

706 Der konsequente Schutz von Frauen vor Gewalt erfordert eine gemeinsame
707 Anstrengung von Bund, Ländern und Kommunen, aber auch der
708 Frauenunterstützungseinrichtungen. Nach wie vor besteht das Problem, dass
709 stabilisierte Frauen das Frauenhaus nicht verlassen können, weil sie keine
710 Wohnung finden. Beim Ausbau der Frauenhäuser haben wir große Fortschritte
711 gemacht und insbesondere mit der Einrichtung von Second-Stage-Wohnungen dafür
712 gesorgt, dass Frauen, die das Frauenhaus verlassen wollen, eine
713 Übergangsmöglichkeit auf dem Weg zurück in die Eigenständigkeit zur Verfügung
714 steht. Den Ausbau sowohl der Frauenhäuser als auch der Second-Stage-Wohnungen

715 werden wir fortführen. Das Gewalthilfegesetz der Ampelregierung sichert
716 betroffenen Frauen ab dem 1. Januar 2032 bundesweit einen individuellen
717 Rechtsanspruch auf kostenfreien Schutz und Beratung zu. Wir GRÜNE setzen uns
718 uneingeschränkt für eine konsequente Implementierung des Gewalthilfegesetzes
719 ein. Dabei berücksichtigen wir die Bedarfe besonders vulnerabler Gruppen wie
720 wohnungsloser Frauen, Frauen mit Behinderung, geflüchteter Frauen, trans* Frauen
721 und Frauen in der Prostitution. Darüber hinaus muss der Gewaltschutz im
722 Familienrecht verankert werden. Gewaltschutzmaßnahmen sind zwar bereits über
723 das Gewaltschutzgesetz im Familienrecht anwendbar, doch es ist wichtig,
724 entsprechende Maßnahmen im familiengerichtlichen Verfahren umfassender zu
725 verankern. So können wir besonders Frauen und Kinder wirksamer vor häuslicher
726 und partnerschaftlicher Gewalt schützen.

727 **Gewalt vorbeugen durch Jungenbildung**

728 Frauenpolitik ist Gesellschaftspolitik. Eine umfassende Gleichstellungspolitik
729 stärkt sozialen Zusammenhalt. Davon profitieren Frauen und Männer gleichermaßen.
730 Sie betrifft alle sozialen Schichten und Altersgruppen. Junge Menschen erleben
731 zugleich eine zunehmende Verrohung in sozialen Netzwerken, ein Erstarken
732 antifeministischer Tendenzen und eine Erosion demokratischer Grundwerte, für die
733 insbesondere Jungs und junge Männer anfällig sind. Hier wollen wir früh
734 ansetzen, auch um der gesellschaftlichen Spaltung zwischen jungen Männern und
735 jungen Frauen entgegenzuwirken. Die Stärkung von Demokratiekompetenz und
736 Konfliktlösungsfähigkeit ist der effektivste Schutz vor späterer Gewalt. Deshalb
737 wollen wir Jungenbildung stärken und Gewalt vorbeugen. Sexualaufklärung soll
738 junge Menschen stärken – mit einem Fokus auf Selbstbestimmung statt Klischees.

739 **Frauengesundheit fördern**

740 Wir machen uns für bessere Zugänge zu Schwangerschaftsabbrüchen stark und setzen
741 uns auf Bundesebene weiter für die Abschaffung des Paragraphen 218
742 Strafgesetzbuch ein. Schwangerschaftsabbrüche bis zur 12. Woche sollen
743 rechtmäßig und nicht nur straffrei sein. Ebenso wollen wir freien Zugang zu
744 Periodenartikeln ermöglichen sowie flächendeckend kostenfreie Verhütungsmittel.

745 **Antidiskriminierung**

746 **Gleiche Rechte und Schutz vor Diskriminierung**

747 Wir wollen, dass alle Rheinland-Pfälzer:innen – unabhängig von Hautfarbe,
748 Herkunft, Sprache, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung, Behinderung
749 oder Alter – sich in allen Lebensbereichen frei entfalten können. Das gilt für

750 ihren Job, bei der Wohnungssuche, in der Schule oder im öffentlichen Raum.
751 Deshalb greifen wir mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz dort ein, wo
752 Menschen bislang nicht ausreichend geschützt wurden und geben ihnen konkrete
753 Möglichkeiten, sich konsequent zu wehren. Wir wollen den Landesaktionsplan gegen
754 Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit fortführen, evaluieren und
755 weiterentwickeln. Er ist ein wichtiges Werkzeug zur Vernetzung, zur Stärkung von
756 Strukturen und Entwicklung neuer Ideen und Ansätze. Langfristig streben wir die
757 Einrichtung einer unabhängigen Landesantidiskriminierungsstelle mit Klagerecht
758 an, um strukturelle Benachteiligungen effektiv anzugehen.

759 **Beratung, Prävention und konsequentes Handeln**

760 Wir bauen die Beratungsstellen gegen Diskriminierung im Land aus – barrierefrei,
761 unabhängig und mehrsprachig. Wir fördern Vielfalt in der Verwaltung, damit sie
762 die Gesellschaft besser abbildet. Wir sichern Projekte, die die Bildung gegen
763 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Kitas, Schulen, Jugendzentren und in
764 der Polizei stärken. Menschenfeindliche Vorfälle richten sich nicht nur gegen
765 Einzelne. Sie gefährden unser gesellschaftliches Miteinander sowie unsere
766 Demokratie und verletzen die Menschenrechte. Die Melde- und
767 Dokumentationsstelle für menschenfeindliche Vorfälle in Rheinland-Pfalz wollen
768 wir deshalb in ihrer wichtigen Arbeit weiter unterstützen. Jeder gemeldete
769 Vorfall trägt dazu bei, das Dunkelfeld weiter aufzuhellen. Damit Betroffene
770 schnell die richtige Hilfe bekommen, wollen wir den digitalen Beratungskompass
771 kontinuierlich weiterentwickeln.

772 **Für Respekt, Glaubensfreiheit und ein friedliches
773 Miteinander**

774 Für uns GRÜNE ist klar, der Islam gehört zu Rheinland-Pfalz und muss in Schulen,
775 auf Friedhöfen sowie bei den Feiertagsregelungen stärker berücksichtigt werden.
776 Aus diesem Grund haben wir erstmals rechtsstaatlich verankerte Rahmenbedingungen
777 geschaffen. Wir haben auch unsere Unterstützung für die jüdischen Gemeinden in
778 Rheinland-Pfalz spürbar verstärkt. Damit zeigen wir: Jüdisches Leben gehört
779 selbstverständlich zu unserer Gesellschaft. Antisemitismus und antimuslimischer
780 Rassismus haben bei uns keinen Platz. Die Beauftragten der Landesregierung für
781 jüdisches Leben und Antisemitismusfragen genauso wie für Antiziganismusfragen
782 wollen wir weiterführen und stärken. Religiöse Vielfalt ist kein Problem,
783 sondern Teil der Lösung für ein friedliches Zusammenleben.

784 **Queerpolitik**

785 **Schutz und Prävention ausbauen**

786 Gewalt gegen queere Menschen nimmt auch in Rheinland-Pfalz in erschreckendem
787 Ausmaß zu. Wir verteidigen unsere queerpolitischen Errungenschaften gegen den
788 wachsenden Druck von rechts. Den Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm
789 Regenbogen“ werden wir fortschreiben. Darüber hinaus fordern wir Queere Zentren
790 in allen Oberzentren. Auf Landesebene wollen wir den Beauftragten für
791 gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität als eine
792 eigenständige Stelle noch selbstständiger machen.

793 Unser bildungspolitisches Projekt „SCHLAU“ für Aufklärungsveranstaltungen im
794 ganzen Land wollen wir stärken und den Sexualkundeunterricht an Schulen
795 modernisieren, damit Vielfalt von Anfang an ihren Platz hat. Unsere
796 Fortbildungsangebote zum Thema Familienvielfalt wollen wir verstetigen, die
797 Beratungsangebote für queere Menschen und ihre Angehörigen unterstützen und
798 ausbauen. So wollen wir auch die Beratung für queere Menschen bei der Polizei
799 weiter ausbauen und weitere Ansprechstellen bei der Justiz einrichten.

800 **Queere Netzwerke stärken**

801 Die vielen, oft ehrenamtlichen Organisationen sowie die kommunalen
802 Queerbeauftragten wissen wir auch in Zukunft als starke Partner:innen an unserer
803 Seite zu schätzen und bieten weiter einen engen Austausch und Unterstützung
804 durch das Land. Denn gerade jetzt gilt: Zusammenhalt statt Wegducken.